



Kinder und Jugendliche im Nahen Osten und in Nordafrika

Einleitung	3
Herausforderungen	4
Strategien und Lösungsansätze	8
Ausgewählte Literatur	11

Herausgeber:

Deutsche Gesellschaft für
Technische Zusammenarbeit (GTZ) GmbH
Dag-Hammarskjöld-Weg 1-5
65760 Eschborn
T +49 (0) 61 96 79-0
F +49 (0) 61 96 79-1115
I www.gtz.de

Im Auftrag des Bundesministeriums für
wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

Verantwortlich/Kontakt:

Sektorvorhaben Umsetzung von Kinder-
und Jugendrechten
Tina Silbernagel
T +49 (0) 6196 79-1697
F +49 (0) 6196 79-80 1096
E tina.silbernagl@gtz.de

Text:

Alexander Erich, avedis – Social Development
Consultants GmbH

Bildnachweis:

Seite 1, 10: Claude Stemmlin und Heba Farid,
Seite 4, 6: Heba Farid, Seite 8/9: photothek.net
Fotoagentur GbR, Thomas Köhler, Thomas Imo,
Ute Grabowsky

Gestaltung:

Nikolai Krasomil
www.design-werk.com

Eschborn, Dezember 2008

Einleitung

Die Länder im Nahen Osten und in Nordafrika (Middle East and North Africa, MENA) zeichnen sich durch ihre Heterogenität aus. Die Region umfasst sowohl arme Entwicklungsländer, wie zum Beispiel Jemen, Länder mit mittleren Einkommen, wie Ägypten und Marokko, Krisenregionen, wie die palästinensischen Gebiete und den Irak, sowie die reichen Ölförderländer am persischen Golf. Etwa 20 % der Bevölkerung leben in Armut, 4 % sogar in absoluter Armut. Die Region ist auf gutem Weg, die UN-Millenniumsentwicklungsziele (MDGs) bis 2015 zu erreichen. Fast alle sozialen Indikatoren weisen einen positiven Trend auf. Signifikante Verbesserungen konnten vor allem bei der Lebenserwartung, der Kindersterblichkeit und dem durchschnittlichen Schulbesuch gemacht werden. Zudem erzielte die Region in den letzten Jahren kontinuierlich hohe Wirtschaftswachstumsraten. Trotz der positiven wirtschaftlichen und sozialen Entwicklungen ist sie jedoch von einer hohen Arbeitslosigkeit geprägt. Mit knapp 14 % ist sie die Region mit dem höchsten Bevölkerungsanteil ohne Beschäftigung im Vergleich aller Weltregionen.

In den MENA-Ländern ist die Hälfte der 311 Millionen Einwohner unter 25 Jahren. Besonders beunruhigend ist bei dieser Bevölkerungsgruppe die hohe Arbeitslosigkeit,

die mit etwa 26 % dreimal so hoch ist wie die der Erwachsenen. Junge Menschen sind zudem nur in sehr geringem Maße an politischen und zivilgesellschaftlichen Prozessen beteiligt. Junge Frauen sind besonders benachteiligt. Dies betrifft nicht nur ihren Zugang zum Arbeitsmarkt, sondern auch ihre gesellschaftliche Teilhabe und individuelle Selbstbestimmung.

Partnerländer der deutschen EZ im Nahen Osten und in Nordafrika

Das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) konzentriert die deutsche Entwicklungszusammenarbeit (EZ) in der Region auf die südwestasiatischen (Jordanien, Libanon, Palästinensische Gebiete, Syrien, Jemen) und nordafrikanischen Länder (Ägypten, Algerien, Marokko, Tunesien). Die Mitgliedsstaaten des Golf-Kooperationsrats sind keine Partnerländer der deutschen staatlichen EZ.

Nachfolgend werden zunächst die besonderen Herausforderungen von jungen Menschen in der MENA-Region dargestellt. Im Anschluss daran werden mögliche Lösungsstrategien und Ansätze aus der Arbeit der EZ vorgestellt.

Kinder und Jugendliche in der Entwicklungszusammenarbeit

Mit der Verabschiedung der Kinderrechtskonvention der Vereinten Nationen (UNCRC) im Jahr 1989 hat sich die internationale Gemeinschaft zum Schutz und zur Förderung von Kindern und Jugendlichen verpflichtet. Die entwicklungspolitische Bedeutung von Kindern und Jugendlichen ist seither zunehmend anerkannt worden und hat Eingang gefunden in die globale Armutsbekämpfungsstrategie, wie auch der Weltentwicklungsbericht der Weltbank 2007 feststellt. Sechs der acht UN-Millenniumsentwicklungsziele (MDGs) weisen direkte Bezüge zu Kindern und Jugendlichen in den Bereichen Bildung, Geschlechtergleichheit, Gesundheit, HIV und Aids und Jugendbeschäftigung auf. In zahlreichen Partnerländern sind Kinder und Jugendliche zudem als betroffene Gruppen, aber auch als zentrale Akteure in die „Poverty Reduction Strategy Papers“ (PRSP) integriert worden. Auch die Bundesregierung hebt in ihrem Aktionsprogramm 2015 zur Armutsbekämpfung die Rolle von jungen Menschen hervor. Das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) hat seit Mitte der 1990er Jahre die Förderung von Kindern und Jugendlichen als einer der ersten Geber in die Zusammenarbeit mit Entwicklungsländern integriert. Der entwicklungspolitische Aktionsplan für Menschenrechte räumt der Verwirklichung der international verbrieften Rechte von Kindern und Jugendlichen hohe Priorität ein. Die Bundesregierung setzt sich zum Ziel, staatliche Pflichtenträger zur Umsetzung der UN-Kinderrechtskonvention zu stärken sowie Kinder und Jugendliche als Rechtsträger und wertvolle Akteure in Entwicklungs- und Demokratisierungsprozessen zu fördern.

Herausforderungen

Die Bildungs- und Gesundheitssituation von Kindern und Jugendlichen in der MENA-Region hat sich seit den 1990er Jahren verbessert. Ungeachtet höherer Einschulungsraten ist die Jugendarbeitslosigkeit jedoch kontinuierlich gestiegen. Die hohe Arbeitslosigkeit stellt für junge Menschen in der MENA-Region eine große Herausforderung für ihre Zukunft dar. Die Beteiligung junger Menschen an politischen und gesellschaftlichen Prozessen ist zudem gering. Junge Frauen sind davon in besonderem Maße betroffen.

Hohe Jugendarbeitslosigkeit

Der Ölboom während der 1970er Jahre bescherte den Ländern der MENA-Region enorme Wachstumsraten, die jedoch mit Ende des Booms in den 1980er Jahren stark zurückgingen. Die schleppende Erholung in den 1990er Jahren war von schwachen Arbeitsmärkten und hoher Arbeitslosigkeit geprägt. Die Jugendarbeitslosigkeit ist in den letzten Jahren kontinuierlich gestiegen und lag 2005 bei knapp 26 %. Sie ist damit die höchste aller Weltregionen. Junge Menschen zwischen 15 und 24 Jahren machen etwa ein Drittel der Bevölkerung im arbeitsfähigen Alter aus, sind jedoch mit 50 % überpro-

portional ohne Beschäftigung. Diese Zahlen legen nahe, dass Jugendarbeitslosigkeit ein strukturelles und jugendspezifisches Problem darstellt.

Durch die Heterogenität der Region variieren die Arbeitslosenquoten von Land zu Land stark. In Algerien (53 %), Westbank/Gazastreifen (43 %) und Jordanien (30 %) sind besonders viele Jugendliche ohne Beschäftigung. In einigen Staaten des Golf-Kooperationsrats ist die Jugendarbeitslosigkeit verhältnismäßig gering, wie in den Vereinigten Arabischen Emiraten (6 %), Katar (11 %) und Kuwait (13 %). Andere Golfstaaten weisen jedoch hohe Raten auf, wie Saudi Arabien (28 %) und Bahrain (20 %).

In fast allen Ländern der Region machen Schul- und Hochschulabgänger, die zum ersten Mal einen Arbeitsplatz suchen, die Mehrheit der Arbeitslosen aus. Das gilt insbesondere für Ägypten, Katar, Iran, Syrien und Bahrain, wo diese Gruppe der Jugendlichen drei Viertel der arbeitslosen Bevölkerung ausmachen. Charakteristisch für einige Länder scheint die lange Arbeitslosigkeit für Jugendliche mit einer qualifizierten Berufs- und Hochschulausbildung



zu sein. In Marokko sind das drei Jahre, in Ägypten 2,5 Jahre. Die Raten für Jugendliche mit oder ohne Sekundarstufe sind nur geringfügig höher. Experten führen diese Trends unter anderem auf folgende Ursachen zurück:

- **Demografische Faktoren:** In den 1970er und 1980er Jahren erlebte die Region ein enormes Bevölkerungswachstum. Etwa 40 Millionen junge Menschen drängen zwischen 2000 und 2010 zusätzlich auf den Arbeitsmarkt, eine Steigerung von 40 %. Alleine zwischen 2005 und 2010 wird ein jährlicher Zuwachs von 4 Millionen Arbeitskräften erwartet. Von 1995 bis 2005 hat der Anteil junger Menschen an der erwerbstätigen Bevölkerung um 30 % zugenommen.
- **Unzureichende Arbeitsmarktorientierung der Lerninhalte:** Da die Erhöhung der Einschulungsquoten zu keiner verbesserten Arbeitsproduktivität zu führen scheint, gehen Experten davon aus, dass ein weiterer Grund für die hohe Arbeitslosigkeit in der schlechten Qualität der Bildung zu sehen ist. Die Unterrichts-

inhalte scheinen wenig auf die Bedürfnisse des Arbeitsmarktes ausgerichtet zu sein. Außerdem fehlt die Verbindung zu Unternehmen, beispielsweise durch Praktika.

- **Stark regulierter Privatsektor:** In vielen Ländern der MENA-Region werden das Wachstum und die Entwicklung des Privatsektors stark von staatlicher Seite reguliert. Hohe Transaktionskosten sowie finanzielle und rechtliche Unsicherheiten verhindern notwendige Investitionen. Dadurch entstehen vor allem im informellen Sektor neue, aber schlecht bezahlte Arbeitsplätze.
- **Ineffizienter öffentlicher Sektor:** Die Löhne in der öffentlichen Verwaltung sind um 30 % höher als die im Privatsektor – weltweit liegen die Löhne im öffentlichen Sektor 20 % unter denen der privaten Unternehmen. Zudem bietet der öffentliche Sektor mehr Jobsicherheit und attraktive Sozialleistungen. Daher konzentrieren sich viele junge Menschen auf den öffentlichen Sektor als potenziellen Arbeitgeber und nehmen lange Wartezeiten in Kauf. Der Anteil von Beschäftigten in der öffentlichen Verwaltung, bezogen

Ausgewählte Indikatoren auf einen Blick

Indikator	Subsahara-Afrika	Naher Osten und Nordafrika	Südasien	Ostasien und Pazifik	Lateinamerika und Karibik	Südosteuropa und Kaukasus
Anteil der Bevölkerung in absoluter Armut (in %)*	43	4	32	9	9	2,6
Lebenserwartung (in Jahren)*	50	69	64	72	73	72,9
Alphabetisierungsrate (in %)*	58	73	58	91	90	97,1
Anteil der Bevölkerung unter 14 (in %)**	44	33	33	24	30	18,7
Anteil der Bevölkerung zwischen 15–24 (in %)**	20,6	20,7	20,9	19,5	18,6	15,4
Einschulungsrate Grundschule (in %)*	66	85	82	97	93	90,8
Alphabetisierungsrate bei 15–24-Jährigen (in %)*	76	92	81	99	96	99,2
Kindersterblichkeit (auf 1000 Lebendgeburten)*	160	46	83	29	27	19,1
HIV-Prävalenz bei 15–49-Jährigen (in %)*	6,1	0,2	0,7	0,2	0,6	0,3
Jugendarbeitslosigkeit (in %)**	18,1	25,7	10,0	15,8 ¹	16,6	19,9
Inzidenz der Kinderarbeit (in %)* ²	35	9	13	10	11	4,7
Inzidenz der Kindesheirat (in %)* ³	40	17	45	19	26	10,2

Quellen: * UNICEF: State of the World's Children 2008, New York 2007; ** World Bank: World Development Report 2007: Development and the Next Generation, Washington 2006; *** United Nations: World Youth Report 2007: Young People's Transition to Adulthood: Progress and Challenges; ****ILO: Global Employment Trends for Youth, Geneva 2006.

¹ ILO verwendet eine andere regionale Zuordnung der Länder in Asien und unterscheidet Südostasien und Pazifik. Die Zahl in der Tabelle bezieht sich auf Südostasien, die Jugendarbeitslosigkeit in Ostasien liegt bei 7,8 %.

² Definition Kinderarbeit: (a.) Kinder zwischen 5–11 Jahren, die mindestens eine Stunde gearbeitet oder mindestens 28 Stunden Hausarbeit pro Woche ausgeführt haben oder (b.) Kinder zwischen 12–14 Jahren, die mindestens 14 Stunden gearbeitet oder mindestens 28 Stunden Hausarbeit ausgeführt haben.

³ Erklärung des Indikators zur Kindesheirat: Prozent von Frauen zwischen 20–24 Jahren, die vor ihrem 18. Lebensjahr verheiratet oder in einer festen Partnerschaft waren.

auf die Erwerbsbevölkerung, ist in der MENA-Region weltweit am höchsten. Dies trägt maßgeblich zu hohen Verwaltungskosten und ineffizienten Verwaltungsstrukturen bei.

- **Unzureichende Förderung des Arbeitsmarktes:** In der Region sind Informationen über die Struktur der Arbeitsmärkte und Bedarfe an Arbeitskräften seitens der Unternehmen nur begrenzt verfügbar. Zudem scheint eine kohärente nationale Politik zur Förderung der Arbeitsmärkte oft nicht vorhanden zu sein. Es fehlen Angebote sowohl zur Berufsorientierung und -beratung als auch zum Erwerb von sozialen Fähigkeiten („life skills“). Auch gibt es große Defizite an gut ausgebildetem Personal, das solche Angebote in Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft und Jugendorganisationen durchführen könnte. Eine effiziente Vermittlung von Arbeitskräften und Beratung junger Menschen ist somit nicht möglich.
- **Arbeitsmigration:** Etwa die Hälfte der Bevölkerung des Nahen Ostens und Nordafrikas lebt in Städten. Der Abwanderungstrend vom Land in die Stadt, vor allem von jungen Menschen, führt aktuellen Schätzungen zufolge dazu, dass im Jahr 2020 etwa 70 % in städtischen Gebieten leben werden. Dadurch wird der Druck auf den Arbeitsmarkt in urbanen Regionen erhöht. Zudem ist die Region von einer hohen Migration von jungen, gut ausgebildeten Arbeitskräften aus nicht-ölproduzierenden Ländern in die Staaten des Golf-Kooperationsrats geprägt. Dadurch entspannt sich einerseits die Arbeitsmarktsituation in den Auswandererländern, andererseits entsteht jedoch ein „brain drain“ in die Einwanderländer.
- **Flüchtlinge:** In der MENA-Region ist die weltweit größte Anzahl an Flüchtlingen zu finden. Außerdem beherbergt sie eine hohe Zahl an Binnenflüchtlingen. Flüchtlinge verschärfen die Situation auf den Arbeitsmärkten der Gastländer. Zudem sind vor allem junge Flüchtlinge oft dazu gezwungen, unter schwierigeren und gefährlicheren Bedingungen zu arbeiten.

Geringe Teilhabe an demokratischen Prozessen

In der UN-Kinderrechtskonvention ist die Partizipation von Kindern und Jugendlichen in den Artikeln 12 und 13 explizit als Beteiligungsrecht formuliert. Die Jugendpartizipation ist somit ein integraler Bestandteil von guter Regierungsführung („Good Governance“). Obwohl die Konvention von allen Ländern in der MENA-Region ratifiziert wurde, erlauben es die politischen Systeme Kindern und Jugendlichen nicht, an politischen Prozessen zu partizipieren und ihre Interessen geltend zu machen. Ihre Beteiligung in sozialen und gesellschaftlichen Organisationen, wie Jugendorganisationen, NGOs und Schulen, sowie an politischen Prozessen auf kommunaler und nationaler Ebene ist nur schwach ausgeprägt.

Gemäß einer Weltbankstudie stehen die Länder in der MENA-Region, verglichen mit anderen Weltregionen, bezüglich des Zugangs zu politischen und gesellschaftlichen Rechten an unterster Stelle. Einige Länder sind institutionalisierte Autokratien, in denen politische Rechte meist nicht existent sind. Andere basieren auf dem Einparteiensystem ohne politische Opposition.



Wieder andere sind eher demokratisch, mit gewählten Parlamenten. In allen Ländern werden jedoch demokratische Rechte, wie die Meinungs- und die Pressefreiheit, eingeschränkt.

Benachteiligung von Mädchen und jungen Frauen

Die Gleichstellung der Geschlechter und Stärkung der Rolle der Frauen wird ausdrücklich als Ziel in der Millenniumserklärung der Vereinten Nationen genannt (MDG 8). Hinsichtlich der Umsetzung von internationalen verbrieften Rechten von Mädchen und Frauen ergibt sich für die MENA-Region die folgende Situation: Zwischen 1981 und 2006 ratifizierten 16 von 19 Ländern die Konvention zur Abschaffung der Diskriminierung gegenüber Frauen (Convention on the Elimination of All Forms of Discrimination against Women, CEDAW), allerdings mit Einschränkungen. Begründet wird dies mit der Unvereinbarkeit einiger Artikel mit dem islamischen Recht. Die wichtigsten Einschränkungen wurden bezüglich der Rechtsgarantien „Gleichberechtigung von Frauen im Hinblick auf die Staatsangehörigkeit ihrer Kinder“ (Artikel 9) und „Beseitigung der Diskriminierung der Frau in Ehe- und Familienfragen“ (Artikel 16) vorgenommen.

Die größte Herausforderung besteht jedoch darin, die Rechtsgarantien der CEDAW in die gesellschaftliche Wirklichkeit umzusetzen. Junge Frauen sind in der Region weiterhin hinsichtlich ihres Rechtsstatus, ihrer Berufsbildung und Erwerbstätigkeit, ihres Einkommens und ihrer sozialen Stellung gegenüber ihren männlichen Altersgenossen benachteiligt.

Die Rolle von Mädchen und Frauen im gesellschaftlichen und ökonomischen Leben steht in starkem Abhängigkeitsverhältnis zu ihrem Status in der Familie. Die Aufrechterhaltung des Ansehens der Familie und der weiblichen Sittsamkeit werden als Aufgabe der männlichen Familienoberhäupter angesehen. Dadurch werden die Handlungsoptionen von Mädchen und jungen Frauen und die ihr weiteres Leben prägenden Entscheidungen bedeutend von männlichen Familienmitgliedern beeinflusst.

Bei der politischen Mitbestimmung gibt es große Unterschiede zwischen Frauen und Männern. In den letzten Jahren konnten hier kaum Fortschritte erzielt werden. In der MENA-Region waren 2003 nur durchschnittlich 5,8 % der Parlamentsmitglieder weiblich, weltweit durchschnittlich 13,3 %. Zwar ist die Anzahl der Länder mit weiblichen Parlamentsmitgliedern von drei im Jahr 1987 auf elf im Jahr 2003 gestiegen, jedoch ist die Anteilsquote immer noch die geringste aller Weltregionen.

Im Bildungsbereich konnte die Situation für junge Frauen hingegen deutlich verbessert werden. Im Jahr 2006 erreichte die Region eine Nettoeinschulungsquote in der Grundschule von 90 % bei Mädchen gegenüber 94 % bei Jungen. Zudem konnten 88 % der Mädchen die Grundschule erfolgreich abschließen, bei den Jungen waren es 93 %. Bei der Hochschulausbildung liegen junge Frauen bei Einschreibung und Abschluss sogar vor ihren männlichen Altersgenossen.

Trotz des verbesserten Bildungsniveaus sind junge Frauen in besonderem Maße von der schwierigen Arbeitsmarktsituation betroffen. Bei gleicher Qualifikation und Berufserfahrung ist das Einkommen von Frauen wesentlich geringer als das von Männern. Zudem ist der Anteil junger Frauen an der Erwerbsbevölkerung mit 24 % nur halb so hoch wie der Anteil ihrer männlichen Altersgenossen. Insbesondere für verheiratete junge Frauen stellt sich der Zugang zum Arbeitsmarkt sehr schwer dar. Die Schwangerschaft, das Aufziehen der Kinder und das durch die Ehe gesellschaftlich normierte ungleiche Geschlechterverhältnis sind zentrale Gründe für ihre geringe Beschäftigungsquote.

Insgesamt wird deutlich, dass Fortschritte bei der ökonomischen und politischen Partizipation von jungen Frauen in der MENA-Region nur möglich sind, wenn ein stärkerer gesellschaftlicher Dialog und Bewusstseinswandel zur Rolle von Mädchen und Frauen in der Familie und Gesellschaft angestoßen werden kann.

Strategien und Lösungsansätze

Ein Schwerpunktsektor des BMZ in der MENA-Region ist die Wirtschafts- und Beschäftigungsförderung. Dadurch sollen die wirtschaftlichen und sozialen Rahmenbedingungen verbessert werden mit dem Ziel, die hohe Jugendarbeitslosigkeit zu reduzieren. Die deutsche EZ unterstützt die Partnerländer beim Ausbau und bei der Weiterentwicklung der beruflichen Bildung, bei der Verbesserung der Bildungsqualität an den Hochschulen und bei der Förderung kleiner und mittelständischer Unternehmen. Zudem fördert sie die Einbindung von Frauen ins gesellschaftliche, politische und wirtschaftliche Leben.

Um die Situation von Kindern und Jugendlichen in der MENA-Region zu verbessern, sind übersektorale Ansätze von entscheidender Bedeutung. Methoden der Jugendförderung erweisen sich dabei als komplementäre Strategien, die effektiv von verschiedenen Sektoren angewendet werden können. Die „Hebelwirkung“ der Jugendförderung besteht insbesondere darin, eine adäquate Ansprache junger Menschen zu ermöglichen und so den Zugang zu ihnen als wichtiger Zielgruppe von EZ-Programmen zu verbessern. Außerdem stellt die Vermittlung sozialer Kompetenzen über non-formale Bildungsangebote und sozialarbeiterische Ansätze eine wichtige Komponente in der Förderung von Beschäftigung und Partizipation junger Menschen dar.

Maßnahmen zur Förderung der Jugendbeschäftigung

Gemäß Artikel 28 der UN-Kinderrechtskonvention hat jedes Kind das Recht auf Bildung und Berufsausbildung. Um der Jugendarbeitslosigkeit zu begegnen, ist die Bereitstellung von qualitativ hochwertigen und arbeitsmarktorientierten Ausbildungsangeboten wichtig. Insbesondere muss die Qualität der Lehre in Grundschulen, Sekundarschulen, Berufsschulen und Universitäten gesteigert, besser auf die Bedürfnisse der Wirtschaft ausgerichtet sowie durch Praktika in Unternehmen ergänzt werden. Zudem ist es notwendig, den Privatsektor wettbewerbsfähiger zu gestalten. Weitere Maßnahmen zur Förderung der Jugendbeschäftigung können sein:

- Beratung von Berufsbildungs- und Arbeitsmarktstrategien zur Reduzierung der Jugendarbeitslosigkeit,
- Förderung von Angeboten der non-formalen Berufsbildung,

- Förderung von „life skills“-Training für Jugendliche,
- Stärkung der staatlichen Kapazitäten bei der Berufsberatung und Arbeitsvermittlung von Jugendlichen,
- Ausbildung von Jugendlichen zu Jugendpromotoren, die vor allem benachteiligte junge Menschen zu Berufswahl sowie Ausbildungs- und Arbeitsplatzsuche beraten,
- Förderung von unternehmerischen Fähigkeiten bei Jugendlichen, Einrichtung von Mikrokreditsystemen.

Maßnahmen zur Förderung der Jugendpartizipation

Jugendpartizipation sollte als Strategie gesehen werden, junge Menschen zu ermutigen, ihre Meinung zu äußern und an Entscheidungsprozessen auf allen Ebenen teilzunehmen. Daher ist es wichtig, die Akzeptanz von Erwachsenen gegenüber Jugendlichen zu verbessern. Erwachsene sollten Jugendliche als Entwicklungspartner betrachten, anstatt sie, wie im öffentlichen Diskurs häufig zu beobachten, mit negativen Erscheinungsformen, wie beispielsweise Kriminalität, zu assoziieren. Junge Menschen können sowohl an Entscheidungsprozessen Erwachsener beteiligt werden als auch selbst als Entscheidungsträger



in für sie relevanten Bereichen auftreten. Insbesondere letzteres eröffnet gerade Mädchen und jungen Frauen größere Chancen der Teilhabe als es die etablierten Institutionen tun. Möglichkeiten der Förderung der Jugendpartizipation sind:

- Beratung des Jugendministeriums bei der Erstellung, Umsetzung und Evaluierung einer partizipativen Jugendpolitik,
- Förderung spezifischer Foren der Jugendpartizipation, zum Beispiel Jugendparlamente, Jugendräte und Jugendkommissionen,
- Einstellung von Jugendreferenten in kommunalen Verwaltungen als Bindeglied zwischen Verwaltung und jugendlicher Bevölkerung,
- Förderung und Stärkung von Jugendorganisationen und Jugendleitern, die einerseits Angebote der Jugendförderung und non-formalen Bildung anbieten und andererseits als Interessenvertretung der Jugendlichen dienen können,
- Förderung der Beteiligung von Jugendorganisationen an der Erarbeitung von regionalen und kommunalen Entwicklungsplänen,

- Förderung der politischen Bildung von jungen Menschen in Bildungs- und Freizeiteinrichtungen und über Ansätze der Jugendsozialarbeit, zum Beispiel in Jugendzentren und Jugendgruppen,
- Förderung von gemeindeorientierten Ansätzen, zum Beispiel Generationendialog.

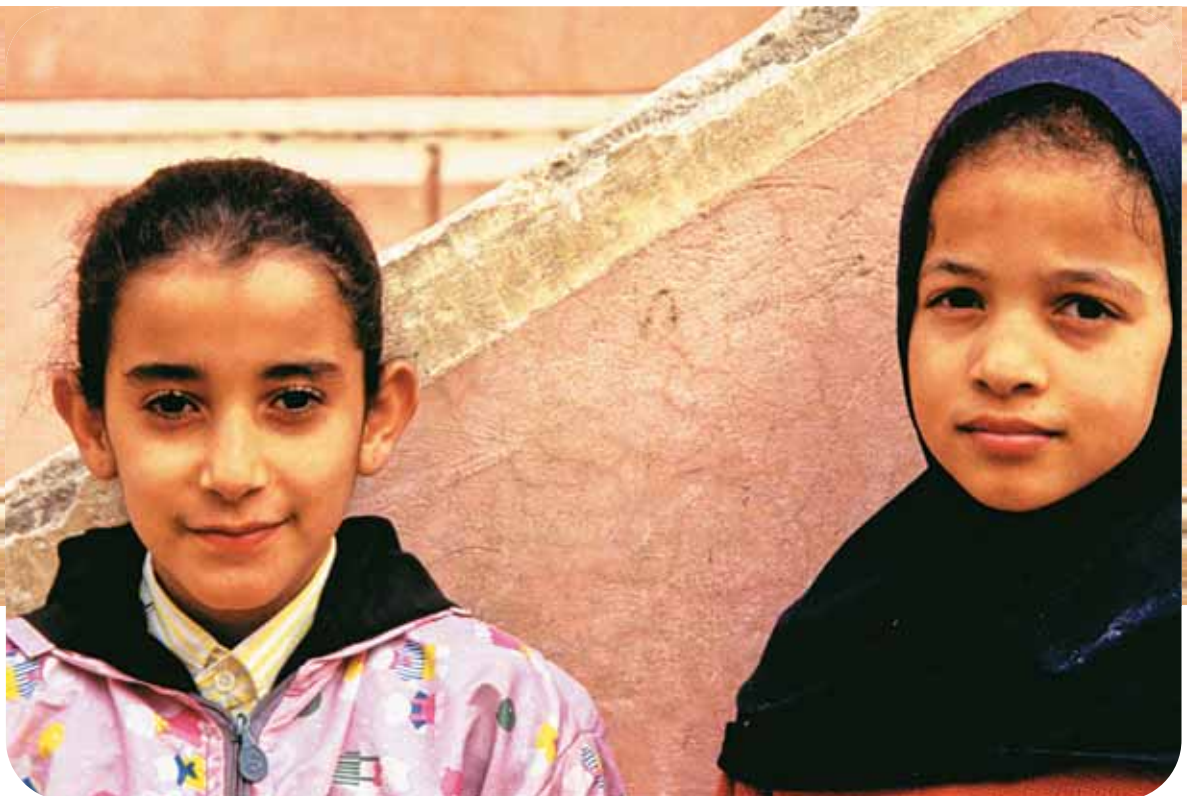
Maßnahmen zur Förderung von Mädchen und jungen Frauen

Um die Beteiligung von Mädchen und jungen Frauen am gesellschaftlichen, politischen und wirtschaftlichen Leben zu erhöhen, müssen die Kapazitäten staatlicher Pflichtenträger zur Umsetzung von Kinder- und Frauenrechten gestärkt werden. Mädchen und junge Frauen müssen in dem Verständnis und der Durchsetzung ihrer Rechte gefördert werden. Sensibilisierungsmaßnahmen auf allen Ebenen und ein breiter gesellschaftlicher Dialog zur Rolle von Mädchen und Frauen in der Gesellschaft sind der Schlüssel zu einem organischen Wertewandel.



Weitere Maßnahmen zur Förderung von Mädchen und jungen Frauen können sein:

- Regierungsberatung zur Umsetzung der Rechte von Mädchen und jungen Frauen,
 - Schulung von Polizei, Justiz, Lehrkräften und Gemeindebehörden zu den Rechten von Mädchen und jungen Frauen,
 - Förderung der Teilnahme junger Frauen in Jugendparlamenten, Jugendräten und Jugendkommissionen,
 - Beratung von öffentlichen Kampagnen zur Sensibilisierung der Bevölkerung zum Thema Rechte von Mädchen und jungen Frauen,
 - Förderung des Dialogs auf Gemeindeebene unter Einbindung von Eltern, Gemeindevertretern, religiösen Führungspersonlichkeiten, NROs sowie Jugendorganisationen,
 - Einrichtung von Stellen für Beauftragte für die Angelegenheit von Mädchen und jungen Frauen auf Gemeindeebene,
 - Stärkung von Mädchen- und Frauenorganisationen,
- „Empowerment“ von Mädchen und jungen Frauen über Ansätze der Jugendsozialarbeit, zum Beispiel: „life skills“-Training, aufsuchende Sozialarbeit, „peer education“, non-formale Berufsbildung, Sport-, Kultur- und Freizeitangebote,
 - Wirtschaftliche Förderung von jungen Frauen durch Bereitstellung von Mikrokrediten und Schulung in unternehmerischen Fähigkeiten,
 - Arbeit mit jungen Männern zu männlichen Rollenbildern und Gleichberechtigung der Geschlechter.



Ausgewählte Literatur

- GTZ: Approaches and Methods for the Promotion of Children and Youth in German Development Cooperation, Eschborn 2006
- UNICEF: State of the World's Children 2008, New York 2007
- UNITED NATIONS: World Youth Report 2007: Young People's Transition to Adulthood: Progress and Challenges, New York 2007
- WORLD BANK: Better Governance for Development in the Middle East and North Africa: Enhancing Inclusiveness and Accountability, Washington 2003
- WORLD BANK: MENA Development Report: Gender and Development in the Middle East and North Africa: Women in the Public Sphere, Washington 2004
- WORLD BANK: Middle East and North Africa Region 2007: Economic Developments and Prospects: Job Creation in an Era of High Growth, Washington 2007
- WORLD BANK: World Development Report 2007: Development and the Next Generation, Washington 2006
- WORLD BANK: Youth Employment in the MENA Region: A Situational Assessment, Washington 2005
- WORLD BANK: Middle East and North Africa: Gender Overview, Washington 2007
- ILO: Global Employment Trends for Youth, Geneva 2006

Projektbeispiel: Arbeitmarktorientierte Aus- und Weiterbildung

Die GTZ fördert seit 2004 das Berufsbildungssystem in den Palästinensischen Gebieten mit dem Ziel, jungen Menschen die für den Arbeitsmarkt notwendigen Kenntnisse und Fähigkeiten zu vermitteln. In den Gebieten gibt es einen hohen Bedarf an technisch ausgebildeten Fachkräften. Die hohe Jugendarbeitslosigkeit (43 %) ist daher auf die fehlende Qualifikation junger Menschen zurückzuführen. Neben der bedarfsgerechten Weiterbildung von Berufschul- und Werkstattlehrern wird Schulabgängern eine einheitliche Ausbildung (non-formal) in arbeitsmarktrelevanten Berufszweigen angeboten. Dabei wird besonders Wert gelegt auf die Verbindung von Theorie und Praxis. Das Programm kann bereits deutliche Erfolge vorweisen: Landesweit nahmen 60 % aller Berufschul- und Werkstattlehrer an Weiterbildungen teil. Zudem absolvierten knapp 5000 junge Menschen Kurse in den Bereichen Elektroinstallation, Automechanik, Metallverarbeitung und Sanitär. Mehr als die Hälfte der Absolventen fand sofort eine qualifizierte Beschäftigung. Auch haben sich die Möglichkeiten für junge Frauen in typischen Männerdomänen, wie Informationstechnologie und Computertechnik, stark verbessert. Inzwischen stellen Frauen ein Viertel aller Auszubildenden.

Deutsche Gesellschaft
für Technische Zusammenarbeit (GTZ) GmbH

Dag-Hammarskjöld-Weg 1-5
65760 Eschborn/Germany
T +49 (0) 6196 79-0
F +49 (0) 6196 79-1115
E info@gtz.de
I www.gtz.de

